

Richard Schröder

Berlin. Die Hauptstadt erfinden.

Menschen neigen dazu, aus der Not eine Tugend zu machen. So erging es der Bundesrepublik mit ihrer Hauptstadtfrage. 1949 war allen klar: Deutschlands Hauptstadt ist Berlin. Aber derzeit konnte Berlin diese Aufgabe nicht wahrnehmen, weil Deutschland in zwei Staaten geteilt war und Berlin in vier Sektoren. Also musste ein provisorischer Sitz für Parlament und Regierung bestimmt werden. Die Wahl fiel auf einen Ort, der in Deutschlands Geschichte nie eine hervorgehobene Rolle gespielt hatte, aber sich eben deshalb als Symbol des Provisorischen bestens eignete: Bonn.

Es hätte ja ein Ort zur Verfügung gestanden, der zur Hauptstadt bestens geeignet gewesen wäre: Frankfurt am Main, einst freie Reichsstadt, Ort vieler Kaiserkrönungen und Reichstage, aber auch der Ort des ersten gesamtdeutschen Parlaments, das 1848 in der Paulskirche eine Verfassung für Deutschland beschlossen hat. Aber gerade weil Frankfurt das geschichtliche Gewicht einer Hauptstadt besaß, hat man es nicht zur Hauptstadt gemacht. Das wäre nämlich als Provisorium unglaublich gewesen und ein fatales Signal an die Deutschen in der Sowjetischen Besatzungszone: wir richten uns neu ein – ohne euch. Bonn als Parlaments- und Regierungssitz sollte dagegen heißen: wir warten auf die deutsche Einheit. Die deutsche Frage ist noch offen.

Und dann wurde aus der Not eine Tugend. Das Symbol des Provisorischen wurde umgedeutet zum Symbol der Bescheidenheit. Ein Regierungsviertel am Rande einer Provinzstadt, das beweist doch der Welt, wie sympathisch bescheiden wir jetzt geworden sind. Aber Vorsicht. Das Gegenteil der Großmannssucht, die Kleinmannssucht, ist auch eine Sucht. Wer sich verstellt, so oder so, setzt sich ins Zwielficht.

Und zweitens wurde das Symbol des Provisorischen umgedeutet zum Ausstieg aus der deutschen Nation. Wir fühlen uns nicht als Deutsche, wir sind Europäer, haben wir unendlich oft gehört. Oder: ich fühle mich in Paris mehr zu Hause als in Leipzig. Und die Bundesrepublik ist ein postnationaler Staat. Das passte allerdings schlecht zum Gestus der Bescheidenheit, denn der postnationale Staat, das war in Wahrheit ein neuer Überlegenheitsanspruch, mit dem man hinabsehen konnte auf die Nachbarn, die noch so beschränkt waren, bewusst und nicht ohne Stolz Franzosen, Polen oder Dänen zu sein. Aus der Not, die uns Deutschen die Nazizeit bereitet, wurde die postnationale Tugend gemacht – und wir wurden vergessen.

Als ich 1990 regelmäßig von Berlin nach Bonn fahren musste, war das jedes Mal ein kleiner Kulturschock. Berlin, die zerrissene Stadt. Die Mauer hatte zwar ihre Schrecken verloren, war aber noch immer ein wüster Riss durch diese Stadt. Die Ostberliner betraten mit Staunen die exotische Insel Berlin-West und die Westberliner betrachteten eher mit Schauern die sozialistische Protzarchitektur und die zerfallenden Häuser in den Seitenstraßen. In der ersten freien Volkskammer waren wir hin und hergerissen zwischen der Freude über das Ende der Diktatur und dem Bangen vor den anstehenden Aufgaben und vor den Gefahren, mit denen wir rechnen mussten: gewalttätige Übergriffe gegen die Stützen des Systems und gegen die sowjetischen Truppen in der DDR, posttotalitäres Chaos.

Im Bonner Frühling blühten die Tulpen und Narzissen vierzehn Tage früher als in Berlin. Sie blühten nicht nur in Vorgärten, sondern manchmal auch auf den Mittelstreifen der Straßen. Bonn, das war eine geradezu unwirklich aufgeputzte Provinz-Idylle. Und die unerhörten Ereignisse, die uns im Osten aus dem Alltag gerissen hatten, schienen hier nur in Papierform angekommen zu sein.

Dann kamen die Verhandlungen zum Einigungsvertrag. Über eines, dachten wir, muss nicht verhandelt werden: Berlin wird die Hauptstadt des vereinigten Deutschland. Irrtum. Das wurde zum Streitfall. Lothar de Maizière, der frei gewählte Ministerpräsident der DDR, erklärte schließlich, einen Einigungsvertrag, der nicht Berlin zur Hauptstadt Deutschlands erklärt, unterschreibe er nicht. Die westliche Antwort war: Hauptstadt ja, aber nicht Regierungssitz. Im Jahre 1990 war ein einziges Bundesland bereit, sich auf Berlin als Regierungssitz festzulegen, nämlich das Land Berlin. Also musste im Einigungsvertrag die Frage von Parlaments- und Regierungssitz offen bleiben.

1991 fiel dann doch die Entscheidung für Berlin, aber äußerst knapp. Ohne die Stimmen der PDS wäre sie nicht zustande gekommen. Aber von da ab ließ man sich Zeit. Es hatte nur zu einem halbherzigen Ja für Berlin gereicht. Räume gab es zwar in Berlin genug für einen schnellen Umzug. Es musste aber alles vom Feinsten sein, ehe man sich vom Rhein an die Spree bequeme. Und das dauerte acht Jahre. Es reichte doch, wenn die Ostdeutschen die unbequemen Seiten der deutschen Einheit allein ertragen müssen. Wer trotzdem schon vorher von Amts wegen in die östliche Wildnis musste, bekam, wie das hieß, Buschzulage, und manchmal auch zu viel.

Halbherzig war der Hauptstadtbeschluss auch deshalb, weil große Teile der Ministerien in Bonn blieben. Dass ein Minister hunderte von Kilometern von seinem Ministerium entfernt seinen Amtssitz haben soll, und das auf Dauer, auf eine so verrückte Idee war wohl in der ganzen Weltgeschichte zuvor noch niemand gekommen.

Noch schlimmer als diese Halbherzigkeiten aber ist die Gedankenlosigkeit, die wir uns seit 1990 in der Hauptstadtfrage leisten. Wir haben nämlich 14 Jahre lang so getan, als sei die Hauptstadtfrage mit dem Umzug von Parlament und Regierung beantwortet. Wir haben schlicht vergessen, die Hauptstadtfrage ordentlich zu stellen. Erst in den letzten Jahren hat die Öffentlichkeit bemerkt, dass da was nicht stimmt. Bemerkte wurde das an der Stelle, an der wir am aufmerksamsten sind: wenn's ums Geld geht. Das Land Berlin hat einen gewaltigen Schuldenberg angesammelt. 1992 waren es 11 Mrd., 2004 sind es 53 Mrd. und wenn das so weiter geht, werden es 2010 80 Mrd. sein. Darüber wird reichlich gestritten.

Der Streit wird fruchtlos bleiben, wenn wir nicht endlich begreifen, dass wir zuvor zwei andere Fragen besprechen müssen:

1. Wozu brauchen wir eine Hauptstadt?
2. Welchen Status soll sie haben?

1. Wozu brauchen wir eine Hauptstadt?

Was eine Hauptstadt ist, brauchen andere Völker nicht zu lernen, sie wissen es und praktizieren es. Ihre Hauptstadt ist *das Herz ihres Landes*. Da pulsiert das Leben. Dort zeigt das Land, was es kann und hat. Dort sind die größten Museen und die bedeutendsten Theater und die wichtigsten Universitäten. Dort ist seine Geschichte konzentriert präsent. Dort fallen die Entscheidungen, die das Land als ganzes betreffen. Wenn das Land etwas zu feiern hat, dann vor allem hier. Die Hauptstadt ist *die Bühne der Nation*. Und sie ist das *Fenster zur*

Welt. Hier haben die ausländischen Vertretungen ihren Platz und nehmen am gesellschaftlichen Leben teil. Und wer das Land kennen lernen will, muss in der Hauptstadt gewesen sein.

Aber, wird eingewendet, Deutschland ist doch ein Bundesstaat. Soeben hat die Bundesjustizministerin erklärt: „Es gehört nicht zum Wesen des föderalen Staates in Deutschland, nur ein Zentrum zu haben.“ (TSP 9.6.04). Zugegeben: dass etwa das Bundesverfassungsgericht seinen Sitz in Karlsruhe hat, ist so auch in Ordnung. Aber auch der föderale Staat hat nur eine Hauptstadt. Einen Grundgesetz-Artikel für die Hauptstadt hält sie für überflüssig. Das regelt doch Art. 106 (8) GG. Der legt fest, dass der Bund Aufwendungen, die er in Ländern oder Gemeinden veranlasst, auch erstattet; z. B. bei Bundeswehrkasernen.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit widerspricht ihr zwar, aber er bezeichnet Berlin als „Hauptstadtdienstleister,“ ein Wortungetüm, das an Müllabfuhr und ähnliche Dienstleister denken lässt. Bitte, ein Bundesstaat ist doch kein bloßer Staatenbund, der irgendwo ein Büro braucht.

Die Hauptstadt muss die Hauptstadt des Bundes *und der Länder sein*. In Berlin hat auch der Bundesrat seinen Sitz. Und die Ländervertretungen nutzen doch längst Berlin auch zu ihrer Selbstdarstellung. In der Hauptstadt soll die Einheit in der Vielheit zur Darstellung kommen, und zwar so intensiv, wie nirgends sonst.

Andere wenden ein, der Nationalstaat wird mit der europäischen Integration an Bedeutung verlieren, warum dann so viel Aufhebens um die Hauptstadt? Weil Europa nur als das Europa der Nationen zusammenwachsen kann. Weiterhin werden wir, die Deutschen, in diesem Konzert nach unserer gemeinsamen Stimme gefragt werden. Weiterhin wird von uns erwartet werden, dass wir unsere gemeinsamen Angelegenheiten, die deutschen also, in Ordnung bringen und in Ordnung halten.

Aber auch wenn in Zukunft weitere staatliche Kompetenzen vom Nationalstaat auf die europäische Ebene verlagert werden, bleibt Deutschlands kulturelle Identität bestehen, wie die der anderen Nationen auch. Zweifel daran gibt es wahrscheinlich nur in Deutschland.

Berlin bringt für Deutschlands Hauptstadt die Voraussetzungen mit wie keine andere deutsche Stadt. Es ist ja, was es städtebaulich heute ist, als Hauptstadt geworden, erst Preußens, dann Deutschlands. Hier sind auch Preußens gute Seiten präsent. Den Glaubensflüchtlingen aus Frankreich wurden die Friedrichstadtkirche und der Französische Dom gebaut, an die Flüchtlinge aus Böhmen erinnert das Böhmisches Dorf. Demonstrativ hat Friedrich II. bei der Prachtstraße Unter den Linden für die katholischen Staatsbürger die St.-Hedwigs-Kathedrale bauen lassen. Als Preußen militärisch zusammengebrochen war, wurde 1810 die Berliner Universität gegründet. Für die Revolution von 1848 fehlt noch eine angemessene Erinnerung in der Stadtmitte. Vom Reichstag aus wurde die Weimarer Republik ausgerufen. Hier sind die Erinnerungsorte der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und die des Widerstands vom 20. Juli 1944. Vor dem Finanzministerium wird des 17. Juni 1953 gedacht. Das Brandenburger Tor war jahrzehntelang das Symbol der Teilung Berlins, Deutschlands und Europas, aber am 9. November 1989 gingen die Bilder von der fröhlichen Nacht auf der Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor um die Welt. In der Oranienburger Straße gibt es wieder jüdisches Leben. Und Berlin ist die deutsche Vereinigung in nuce, der Mikrokosmos der deutschen Vereinigung, mit allen Problemen und Chancen hautnah. Hier arbeiten Ostberliner und Westberliner oft in einem Raum. Beim Spaziergang Unter den Linden hört man alle deutschen Dialekte und viele andere Sprachen, vorzugsweise türkisch, englisch, russisch, polnisch. Berlin ist attraktiv für Zuwanderer, für Touristen, aber auch für junge

Leute, die sich hier niederlassen, weil hier das Leben pulsiert. Sie finden das Unfertige und Chaotische interessant und anregend. Sie finden die Berliner Szene attraktiv. Sie haben Berlin als Hauptstadt akzeptiert. Für das Ausland ist Berlin schon längst Deutschlands Hauptstadt.

Die Republik ist in der Hauptstadt angekommen, aber noch nicht die Hauptstadt in der Republik, hat Hermann Rudolph gesagt. Und das erweist sich daran, dass die Frage, welchen Status die Bundeshauptstadt haben soll, nicht einmal gründlich gestellt wird. Im Streit um die Berliner Schulden sind Gegner und Befürworter Berlins in einem einig: sie betrachten Berlin als ein vergrößertes Westberlin, als eines der Bundesländer, das nach Subventionen ruft. Geändert hat sich seit 1990 nur dies: nach dem Ende des Kalten Krieges leuchtet den Geldgebern nicht mehr ein, dass Berlin weiter subventioniert werden muss. Der Bittsteller wird zunehmend lästig.

2. Welchen Status soll sie haben?

Meine Antwort: der Status der Hauptstadt muss noch erfunden werden. Das ist die Konsequenz aus dem unerhörten Ereignis von 1989. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte müssen wir einen Hauptstadtstatus erfinden, der zur Demokratie und zum Bundesstaat passt.

Das soll erstens heißen: Berlin gehört als Bundeshauptstadt allen Deutschen. Als Hauptstadt des Bundes und der Länder soll es nicht außerdem noch ein Bundesland unter anderen sein. Und zweitens: Dann müssen aber auch alle Deutschen, nämlich Bund und Länder, bestimmen können, was ihre Hauptstadt sein soll und zu leisten hat. Die Berliner können dann wie alle Städte weiterhin ihre kommunalen Angelegenheiten selbst regeln. Aber „Wir Berliner bestimmen, was die Hauptstadt ausmacht und ihr anderen zahlt“, so kann es nicht gehen.

Für diesen neuen, noch zu erfinden Hauptstadtstatus bietet unsere Geschichte kein Modell, das wir abkupfern könnten.

Denn die Reichshauptstadt Berlin war sozusagen fremdfinanziert, denn sie war zugleich Hauptstadt Preußens, und zu Preußen gehörten die reichen Rheinprovinzen. Nordrhein-Westfalen hat die Reichshauptstadt finanziert. Das ist vorbei.

Und Berlin als Bundesland, als dritter deutscher Stadtstaat also, das ist auch kein tragfähiges Modell. Hamburg und Bremen sind die letzten beiden deutschen Stadtstaaten mit Tradition. Beides sind Hafenstädte. Ihr Hinterland ist über das Meer die weite Welt. Für Bremen muss es allerdings heißen: das war einmal. Bremen gehört zu den armen Bundesländern. Aber Hamburg floriert - einigermaßen. Seine Wirtschaftskraft ist doppelt so groß wie die Berlins. Sie ist in den letzten 13 Jahren um 40 % gestiegen. Die Berlins stagniert seitdem. In Hamburg gibt es so etwas wie Patrizier, namhafte Familien von Kaufleuten und Unternehmer über Generationen – Hamburg hat die größte Millionärsdichte Deutschlands –, die sich als Mäzenen einen Namen machen, natürlich für ihre Stadt, Hamburg. Da gibt es einen respektablen Bürgerstolz. So etwas fehlt in Berlin. Gänzlich fehlt es in Ostberlin, denn die dort konzentrierte Elite der DDR hat verständlicherweise nach dem Ende ihres Staates erhebliche Orientierungsprobleme bekommen. Da kann man kein selbstbewusstes Gemeinwesen mit hanseatischem Bürgerstolz erwarten.

Berlin als Stadtstaat, das ist bloß ein Nachhall des Berliner Viermächtestatus von 1945, eine Erbschaft aus der Besatzungszeit. Man braucht sich nur vorzustellen, München wäre 1945

von Bayern getrennt und ein eigenes Bundesland, also ein Stadtstaat geworden. Das wäre ein Unding, denn München ist seiner ganzen Anlage nach eine Landeshauptstadt.

Berlin hat sich nie wie ein Stadtstaat aus eigener Kraft gestalten und erhalten können. Aber es hat vieles zu erhalten, was ihr als Hauptstadt zugewachsen ist. Anderes ist ihr durch die Teilung zugewachsen, wie eine zusätzliche Universität, eine zusätzliche Oper, ein zusätzliches Kulturzentrum. Für einen Stadtstaat sind das überzählige Dubletten, nicht aber für Deutschlands Hauptstadt. Da sind eine zusätzliche Oper und eine zusätzliche Universität gerade recht.

Bis 1945 war Berlin auch eine wirtschaftliche Metropole. Nach der Blockade Berlins durch die sowjetischen Truppen und noch einmal nach dem Mauerbau haben fast alle großen Westberliner Unternehmen ihren Hauptsitz nach Westdeutschland verlagert. Nur Schering ist geblieben. Siemens ging nach München, die Max-Planck-Gesellschaft auch. Die Banken gingen nach Frankfurt und Hamburg wurde ein Pressezentrum. Und so weiter. Westberlin wurde deindustrialisiert, aber als Symbol der Freiheit inmitten der DDR zu Recht kräftig subventioniert. Und Ostberlin wurde ebenfalls kräftig subventioniert und von der DDR-Führung als Schaufenster zum Westen ausgestattet. Auf Westbesucher mag dieses Schaufenster eher bescheiden gewirkt haben. Trotzdem haben die DDR-Bezirke darüber gestöhnt, dass sie die knappen Ressourcen, Arbeitskräfte und Material, nach Berlin zu liefern hatten. Man fuhr nach Berlin zum Einkaufen, weil es dort manchmal etwas gab, was es sonst nicht gab. Ostberlin war nach DDR-Maßstäben auch ein beachtlicher Industriestandort. Aber die Industrie brach zusammen, als die Ostmärkte wegfielen, die Löhne in Westgeld gezahlt wurden und die Produkte mit Westprodukten konkurrieren mussten.

Berlin war zur Zeit der Teilung in beiden Teilen subventionsverwöhnt. Es war vorauszusehen, dass der Entzug dieser Droge zu Entzugserscheinungen führt. Berlin griff zu einer Ersatzdroge: Schulden machen. Immer wieder hört man von den anderen Bundesländern: das ist nicht unser Problem. Zu einem Teil aber schon. Es gibt da durchaus eine gesamtdeutsche Verschuldungsmitverantwortung.

1989 ist der Haushalt Westberlins zu 53 % vom Bund finanziert worden. Wie hoch Ostberlin von der DDR-Regierung subventioniert worden ist, weiß ich nicht. Sicher noch höher als Westberlin. Diese Ost-Subventionen sind 1990 weggefallen, weil der Geldgeber verschwand. Es gibt aber einen Rechtsnachfolger: die Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 2003 wurde Gesamtberlin nur noch mit 25 % vom Bund subventioniert. Dazu kann man sagen: unglaublich hoch, verglichen mit anderen Bundesländern. Man kann aber auch sagen: erstaunlich niedrig, verglichen mit 1989.

Berlin muss einiges tun, um seine Finanzlage zu bessern, namentlich auf der Ausgabenseite. Es ist aber eine Illusion, die besonders gern die besser gestellten Bundesländer pflegen, dass Berlin jemals aus eigener Kraft seine Finanzen in Ordnung bringen kann. Berlin hat einfach nicht die Voraussetzungen für einen lebensfähigen Stadtstaat und deshalb auch nicht für ein eigenständiges Bundesland. Das wird sich auch nicht ändern. Wir müssen, wenn wir Berlins Finanzprobleme fair diskutieren wollen, unterscheiden zwischen den teilungsbedingten, den einigungsbedingten und den selbstverschuldeten Schulden. Die ersten beiden Sorten gehören in den gesamtdeutschen Erblasten-Tilgungsfond.

Und: die Bundeshauptstadt kann kein Bundesland sein.

Es gibt Bundesstaaten, deren Hauptstadt ein Bundesland ist. In Belgien ist Brüssel ein Bundesland, aber wohl nur deshalb, weil keine der beiden Volksgruppen der anderen die Hauptstadt gönnte. Das ist nun nicht unser Problem. Auch Wien ist ein Bundesland, aber das stärkste. War es doch einmal die Hauptstadt der KuK-Monarchie. So komfortabel ist Berlins

Lage nicht. Eine Bundeshauptstadt am Tropf des Länderfinanzausgleichs, sozusagen von Verfassungen wegen dauerhaft in die Rolle des missliebigen Bittstellers gedrängt, so etwas leistet sich nur Deutschland. Der Länderfinanzausgleich ist ungeeignet für eine solide und angemessene Grundfinanzierung der Hauptstadt Deutschlands, da er an Gleichbehandlung aller Teilnehmer orientiert ist.

Nun ist vorgeschlagen worden, Berlin zur Stadt des Bundes zu machen, wie Washington DC. Das geht auch nicht. Denn Washington wurde als Regierungssitz auf der grünen Wiese gegründet. Heute hat es 570.000 Einwohner, Berlin aber hat 3,4 Millionen. Und dessen Bürger sollen plötzlich nicht mehr im Bundesrat vertreten sein und kein Landesparlament wählen dürfen? Das kann nicht sein. Dann müsste der Bund für Berlin alle Landesaufgaben wahrnehmen. Soll dann der Bundestag das Berliner Schulgesetz beschließen und das Bundesverfassungsgericht eine Berlinkammer einrichten?

Die Bundeshauptstadt sollte kein Bundesland sein. Das spricht für eine Fusion von Berlin und Brandenburg – nicht weil aus zwei Armen dann ein Reicher würde. Sondern weil dann die Kompetenzen klar sind. Die Berliner sind für ihre Kommune zuständig, für die Landespolitik das Land Brandenburg. Die Hauptstadt aber, das ist Sache nicht nur der Berliner und nicht nur der Brandenburger, sondern aller Deutschen, des Bundes und der Länder. Das gemeinsame Land übrigens sollte schlicht Brandenburg heißen. Die Hauptstadt Deutschlands muss nicht auch noch in einem Ländernamen die Erinnerung an die traurige Zeit verewigen, da es als Bundesland dahinvegetierte.

Wenn Berlin kein Bundesland mehr ist, dann gehört es als Hauptstadt in die Verfassung. Denn bisher ist Berlin im Grundgesetz nur als Land erwähnt, was ja dann wegfiel. Da war es ein schlechter Einfall des Regierenden Bürgermeisters, einen Artikel vorzuschlagen, der einen breiten Forderungskatalog enthält mit der Pointe: der Bund erstattet Berlin die Kosten. Prompt trat ein, was immer eintreten wird, solange Berlin Bundesland ist: die anderen Länder heulen auf und bezichtigen Berlin der nimmersatten Bittstellerei auf ihre Kosten. Da ist der Vorschlag von Künast und Ratzmann sehr viel weiser: „Die Bundeshauptstadt ist Berlin. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Geklärt werden muss, wie das genauer aussehen soll: Berlin als Hauptstadt des Bundes und der Länder. Berlin ist dann gerade nicht mehr Hauptstadtdienstleister, nicht mehr ein Bundesland, das so freundlich ist, gegen Erstattung in eigener Kompetenz einige besondere Dienstleistungen zu erbringen. Als Hauptstadt gehört Berlin dann nicht mehr nur den Berlinern, sondern allen Deutschen. Berlin als Hauptstadt des Bundes und der Länder, das ist keine Floskel, sondern eine Aufgabe, die noch ihrer Lösung harret. Für die grundsätzlichen Hauptstadtfragen sind Bundestag und Bundesrat zuständig.

Mit der Hauptstadtfrage steht noch einmal unser Verständnis als Nation zur Debatte. Im Westen herrschte lange die Überzeugung, dass alles so weitergehen werde wie bisher, nur eben in einer vergrößerten Bundesrepublik. Im Osten dagegen hat jeder erlebt, dass sich die Welt seit 1989 fundamental verändert hat. Im Westen verbinden viele bis heute mit dem Wort „deutsch“ zuerst die Belastung der deutschen Geschichte, die Vergangenheitsbewältigung. Wir im Osten haben mit dem Wort zuerst das Zusammengehören verbunden, das uns die SED austreiben wollte: „wir sind ein Volk.“ Wir hatten 1989 auf gemeinsame Zukunftsbewältigung gehofft, seitdem aber diese Hoffnungen erheblich zurückgeschraubt.

Beide Sichten haben ihre Berechtigung. Aber gestalten können wir doch nur unsere Zukunft. Und da können wir doch inzwischen an eine bessere Vergangenheit anknüpfen. 1990 wurde

durch den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, kurz Zwei-plus-Vier-Vertrag genannt, die Kriegs- und Nachkriegszeit völkerrechtlich beendet und die deutsche Einheit ermöglicht. Tatsächlich begann damit ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte. Wir sind ohne Vorbehaltsrechte Dritter in die Völkergemeinschaft aufgenommen worden. Das ist unser zweiter Westfälischer Frieden. Erstmals in seiner Geschichte ist Deutschland umgeben von Freunden, in wechselseitig anerkannten Grenzen. Das ist in soweit die Rückkehr zu der Normalität, wie sie unsere Nachbarn genießen.

Nun lassen Sie uns einen Hauptstadtstatus erfinden, der zu dieser glücklichen Wendung unserer Geschichte passt, eine Hauptstadt für einen demokratischen Bundesstaat, eine Hauptstadt für Bund und Länder.

Die Zeit drängt. Im Jahr 2006 wollen Berliner und Brandenburger zum zweiten Mal über eine Fusion abstimmen. Bis dahin muss die Schuldenfrage geklärt sein, nämlich so, dass nach vollzogener Fusion die Berliner Pro-Kopf-Verschuldung nicht höher ist als die Brandenburger. Das muss Deutschland den Brandenburgern verzeihen, sonst sagen die wieder Nein – wer wollte es ihnen verdenken. 2009 soll die Fusion vollzogen werden. Wenn der Berliner Senat verschwindet, muss klar sein, wer die Hauptstadtverantwortung übernimmt.

Aber jetzt schon sollten alle Deutschen sich dafür zu interessieren beginnen, was sie von ihrer Hauptstadt dann erwarten. Auch der föderale Staat braucht eine Bühne der Nation. Und auch ein überzeugter Föderalist kann Berliner aus Überzeugung sein, wenn auch er Berlin als seine Hauptstadt sieht und in Gebrauch nimmt.